

Auge und Sehen

*Sichtbares und Unsichtbares
in den Sprachen und Literaturen Südosteuropas*

Herausgegeben von
Wolfgang Dahmen, Petra Himstedt-Vaid
und Gabriella Schubert



Auge und Sehen

Forschungen zu Südosteuropa

Sprache – Kultur – Literatur

Herausgegeben von
Gabriella Schubert

Band 18

2019

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Auge und Sehen

Sichtbares und Unsichtbares in den Sprachen
und Literaturen Südosteuropas

Herausgegeben von
Wolfgang Dahmen, Petra Himstedt-Vaid
und Gabriella Schubert

2019

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Gedruckt mit Unterstützung des Balkanologenverbands e.V.

Umschlagabbildung: Votivtafeln in der Kirche Agia Paraskevi in Chersonissos, Kreta 2011;
Fotografie: Petra Himstedt-Vaid.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche
Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the internet
at <http://dnb.dnb.de>.

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter
<http://www.harrassowitz-verlag.de>

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2019
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
für die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Druck und Verarbeitung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Printed in Germany

ISSN 1861-6194

ISBN 978-3-447-11353-3

e-ISBN 978-3-447-19936-0

Inhalt

Vorwort	VII
---------------	-----

I. Sprachliche Manifestationen

EVANGELOS KARAGIANNIS Sprache und (Un-)Sichtbarkeit in der griechischen Politik	1
--	---

MARTIN HENZELMANN Aus der Unsichtbarkeit heraus: Sprache und Kultur der Bunjewatzen in Serbien nach 1945	15
--	----

DELINA BINAJ Die Un_Sichtbarkeit der Geschlechter im Albanischen. Sprachliche Benennungspraktiken als Mittel gesellschaftlicher Emanzipation	33
--	----

HELMUT W. SCHALLER Der semantische Bereich „sehen“ in den Balkansprachen	49
---	----

UTE DUKOVA Zum semantischen Feld von ‚Auge‘ und ‚Sehen‘ im Bulgarischen	55
--	----

CORINNA LESCHBER Amulette in Südosteuropa: Etymologische Betrachtungen	61
---	----

II. Literarische Manifestationen

WALTER PUCHNER Theoretische Implikationen der Balkankomparatistik auf dem Literatursektor. Vom Paradigma zur Modellbildung	71
--	----

ANTON STERBLING Das Unsichtbare sichtbar werden lassen. Die Aufklärungsanliegen der modernen rumäniendeutschen Literatur, am Beispiel der „Aktionsgruppe Banat“	81
--	----

GABRIELLA SCHUBERT König Matthias incognito – eine verhängnisvolle Liebe.....	97
ULRIKE JEKUTSCH Sehen, Sichtbares und Unsichtbares in Elisaveta Bagrjanas <i>Večnata i Svjatata</i>	125
VESNA CIDILKO Das Visuelle und das Sozialgeschichtliche in der neueren serbischen Prosa.....	141
ŽELJANA TUNIĆ Satire als Überlebensstrategie eines Melancholikers. Der Roman <i>Gnusoba</i> von Svetislav Basara	155
MILICA GRUJIĆ Sichtbarkeit und Identität in migrationsbezogener deutschsprachiger Literatur	183

Vorwort

Im Jahre 2015 lud der *Balkanologenverband* zu einem interdisziplinären Symposium „Schein und Sein. Sichtbares und Unsichtbares in den Kulturen Südosteuropas“ ein, das vom 3. bis 5. Dezember 2015 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfand.¹ Dabei ging es vor allem darum, aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Fachdisziplinen zu sehen, wie in Südosteuropa Fragen von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit, von Sein und Schein realisiert werden. Die Resonanz auf die Einladung zu dieser Tagung und die sich dabei ergebenden Diskussionen waren so groß, dass die Verantwortlichen sich entschieden, ein Jahr später (10. bis 12. November 2016, Berlin) eine Nachfolgetagung mit dem Titel „Auge und Sehen. Sichtbares und Unsichtbares“ zu organisieren, deren Beiträge hier nun der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt werden. Während bei dem ersten Kolloquium vor allem Probleme aus den Bereichen des Sozialverhaltens, der Alltagskultur und der traditionellen Glaubenswelt im Vordergrund standen, wurden bei der zweiten Tagung insbesondere Themen aus den Feldern der Sprach- und Literaturwissenschaften diskutiert.

I. Sprachliche Manifestationen

Evangelos Karagiannis (Wien) rollt das Problem des Namens des an Griechenland anstoßenden nördlichen Nachbarstaats auf, dessen Bezeichnung als *Mazedonien* oder *FYROM* (*Former Yugoslav Republic of Macedonia*), in Griechenland seinerzeit häufig einfach *Σκόπια* genannt, bis zur Unterzeichnung und schließlich auch Inkraftsetzung des Prespa-Abkommens immer wieder für Unruhe auf dem Balkan gesorgt hatte und eine Annäherung Griechenlands und des nunmehr *Nordmazedonien* heißenden Staates verhindert hatte. Dabei geht Karagiannis bei seiner Analyse in drei Schritten vor: Zunächst zeigt er, dass die Behandlung eines politischen Problems durch Manipulationen der Benennung in Griechenland bereits Tradition hat, insbesondere in Fragen der Positionierung gegenüber Minderheiten. Sodann werden die Wechselbeziehungen zwischen Sprache, Macht, Gewalt und Wahrheit vor dem griechischen Hintergrund, durch die bestimmte Dinge sichtbar werden, andere hingegen unsichtbar bleiben, erörtert. Abschließend werden diese Eigenheiten der Politik der Benennung „in den Kontext der autoritären Tradition des griechischen Staates“ gesetzt, d.h. der Autor zeigt auf, wie sprachliche Manipulationen zur Lösung bestimmter Probleme eingesetzt werden können. Insgesamt unterstreicht der Beitrag von Evangelos Karagiannis eindrucksvoll, wie wichtig es ist, dass das Prespa-Ab-

1 Die Akten sind erschienen: Dahmen, Wolfgang; Schubert, Gabriella (Hrsg.): *Schein und Sein. Sichtbares und Unsichtbares in den Kulturen Südosteuropas*. Wiesbaden: Harrassowitz 2017 (SOEUR 14).

kommen zur Regelung der Namensfrage zustande gekommen und dann vom griechischen Parlament trotz heftiger Proteste schließlich gebilligt worden ist.

Mit den Versuchen einer Minderheit, aus der Unsichtbarkeit herauszutreten, beschäftigt sich **Martin Henzelmann** (Hamburg). Es geht dabei um die Bunjewatzen in der Vojvodina, die 1945 in Jugoslawien pauschal zu Kroaten erklärt und damit „völlig legal in die Unsichtbarkeit abgeschoben“ worden waren. Der Autor beschränkt sich in seinen Ausführungen aber nicht auf die Darstellung der aktuellen Situation der Bunjewatzen nach dem Zerfall Jugoslawiens, sondern präsentiert eine Analyse, die auf Rückblicken auf die historische Entwicklung aufbaut. Dazu werden drei Thesen formuliert: a) Im kommunistischen Jugoslawien ist eine Entscheidung zwischen Versuchen, die eigene Identität (und damit auch die eigene Sprachform) zu erhalten, und einer Assimilation nötig; b) bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist von einem „Spannungsfeld zwischen einer Nivellierung sprachlicher und einer Relativierung kultureller Besonderheiten“ auszugehen; c) seit den 1980er Jahren führen die politischen Veränderungen dazu, dass die Bunjewatzen, die sich nicht als Kroaten ansehen, verstärkt Aktivitäten unternehmen, die Eigenheit der bunjewatzischen Sprache und Kultur sichtbar zu machen. Hierzu gehört insbesondere die Neugründung der bunjewatzischen *Matica* in der Mitte der 1990er Jahre. So gibt es – wie dies häufiger bei Minderheiten zu beobachten ist – heute zwei Gruppen: Die einen sehen eine Einheit mit den Kroaten, die anderen hingegen vertreten die Position, eine eigenständige Gruppierung zu sein und fordern folglich auch eine Standardisierung des Bunjewatzischen. Beispiele für Publikationen im Bunjewatzischen runden diesen Aufsatz ab.

Fragen der Sichtbarmachung von Gender in der Sprache und durch die Sprache werden seit einiger Zeit – zuweilen auch durchaus kontrovers – diskutiert. Dabei sind es zumeist die weit verbreiteten und den meisten Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftlern vertrauten Sprachen, die unter diesem Aspekt betrachtet werden; Studien zu weniger untersuchten Sprachen sind deutlich seltener und häufig nur einem kleineren Kreis mit Interessierten bekannt und zugänglich. So wird man es sehr begrüßen, dass **Delina Binaj** (Berlin) das Augenmerk auf das Albanische lenkt. Sie konstatiert, dass in den grammatischen Beschreibungen – ähnlich wie in vielen anderen Sprachen – das Maskulinum als die genderunmarkierte („neutrale“) Form angesetzt wird, so dass die sprachliche Unsichtbarkeit von Frauen als Folge des Sprachgebrauchs „in gesellschaftlichen Kontexten“ gesehen wird. Die Interdependenz von Sprachgebrauch und sozialen Gegebenheiten macht Delina Binaj zunächst an der von staatlichen Autoritäten geförderten Feminisierung von Berufsbezeichnungen in der kommunistischen Periode der 1970er Jahre deutlich, bevor sie einen Blick auf Genderfragen im aktuellen Albanischen wirft. So wird deutlich, welche Rolle – sichtbar und/oder unsichtbar – die Sprache in Emanzipationsprozessen spielt.

Helmut W. Schaller (München) behandelt verschiedene Aspekte der Verben des Sehens in den Balkansprachen. Er geht dabei von der Feststellung aus, dass jede

Sprache ihre eigene „Sichtweise“ hat, so dass manches ganz unterschiedlich wahrgenommen wird, anders ausgedrückt: Was in einer Sprache sichtbar ist, kann in einer anderen Sprache unsichtbar sein. Konkret behandelt der Autor zunächst Beispiele aus der Lexik des Altbulgarischen/Altkirchenslawischen, bei denen es sich um Entlehnungen aus dem Griechischen zur Bezeichnung von nicht Sichtbarem oder nicht Gesehenem handelt, zumeist Lexeme aus dem theologischen Bereich. Dabei werden Parallelen u.a. zum Lateinischen und zu heutigen slawischen Sprachen gezogen. Anschließend folgt ein Überblick über den semantischen Bereich des Verbs „sehen“ im heutigen Bulgarischen mit Ausblicken auf andere Sprachen des Balkans wie Neugriechisch, Rumänisch und Albanisch.

Mit einer ähnlichen Problematik setzt sich **Ute Dukova** (Frankfurt/M.) auseinander. Sie analysiert das semantische Feld von „Auge“ und „sehen“ im Bulgarischen. Als erstes nennt sie Beispiele für aus dem Urslawischen übernommene Verben, deren ursprüngliche Bedeutung ‚sehen‘ heute nicht mehr erkennbar ist, da sie ‚wissen‘ (über eine Entwicklungsstufe ‚ich habe gesehen und daher weiß ich‘) bedeuten. Danach folgt ein Überblick über diverse Lexeme dieses semantischen Feldes, die nach verschiedenen Kriterien geordnet sind: Richtung und Qualität des Blicks; sehen = erleben; schauen = sich um seine Angelegenheiten kümmern; Augen = Ehre, Ansehen. Zu letzterem gehört u.a. das Phänomen des „bösen Blicks“, das auf dem Balkan bekanntlich weit verbreitet ist. Hier wie bei den anderen Gruppen werden immer wieder Parallelen zu den übrigen südslawischen Sprachen, darüber hinaus zum Griechischen, Albanischen, Rumänischen und Aromunischen gezogen, die somit auch die Gemeinsamkeiten dieser genetisch unterschiedlichen Sprachen aufzeigen.

Die Verbindung zu einem Beitrag des genannten Bandes der vorangegangenen Tagung schlägt **Corinna Leschber** (Berlin) in ihrem Aufsatz. Sie bezieht sich auf eine Untersuchung von Petra Himstedt-Vaid, die Amulette, denen in Südosteuropa eine wichtige Funktion als Schutz vor dem bösen Blick zukommt, und ihre Rolle im Volkslied der Südslawen zum Thema hatte. Corinna Leschber nähert sich der Fragestellung nunmehr von der Seite der Etymologie. Nach einleitenden Bemerkungen zu den Amulett-Bezeichnungen in der Antike analysiert die Autorin unter Berufung auf die bekannten etymologischen Wörterbücher der Sprachen Südosteuropas, aber auch unter Berücksichtigung einer ganzen Reihe von detaillierten und teilweise an sehr schwer zugänglichen Stellen zu findenden Einzeluntersuchungen zahlreiche Bezeichnungen von Amuletten besonders im Bulgarischen und Rumänischen, wobei auch andere Sprachen Südosteuropas in den Blick genommen werden. Dabei offenbart sich eine etymologische Komplexität, die auch in diesem semantischen Feld zeigt, dass der Balkan ganz unterschiedlichen kulturellen Einflüssen unterworfen war, die ihre sprachlichen Spuren in markanter Form hinterlassen haben.

II. Literarische Manifestationen

Mit dem Beitrag von **Walter Puchner** (Athen) beginnt der Teil des Buches, der sich mit literaturwissenschaftlichen Fragestellungen beschäftigt. Dabei knüpft der Autor an Überlegungen im Zusammenhang mit seinem kurz zuvor erschienenen Buch *Die Literaturen Südosteuropas, 15. bis frühes 20. Jahrhundert. Ein Vergleich* an, dem ein Rezensent bescheinigt hatte, dass mit dieser Publikation ein „großer Wurf“ gelungen sei. Zu Recht macht Walter Puchner darauf aufmerksam, dass es eine komparative Literaturwissenschaft Südosteuropas nur in Ansätzen gibt, im Gegensatz etwa zur Balkanlinguistik oder auch Forschungen in der Geschichts- und vergleichenden Kulturwissenschaft. In der Literaturwissenschaft dominieren bis auf den heutigen Tag ganz eindeutig nationalstaatlich geprägte Sichtweisen. Umso mehr darf man Puchner dafür dankbar sein, dass er in seinen Betrachtungen bei allen Vorbehalten, die man einem Vergleich von literarischen Werken gegenüber haben muss, nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei Inhalten, Motiven, Thematiken u.ä. sucht. Nach einleitenden Bemerkungen zur komparatistischen Methodik sowie nach einer zeitlichen und räumlichen Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes werden mögliche Modelle ge- und untersucht. Dabei geht es u.a. um Prozesse der Rezeption und Assimilation, um Vorbilder, an denen man sich orientiert und um Themen, die in den verschiedenen Literaturen Südosteuropas aufgenommen und weiter entwickelt werden. Die Schlüsse, zu denen der Autor kommt, sind bemerkenswert: Dazu gehören etwa das Prinzip des Schärfeverlusts der Konturen, aber auch die Feststellung, dass eine Vorbildübertragung nicht unbedingt zu einem Qualitätsverlust führen muss, sondern dass das Ergebnis sogar literarische Werke sein können, die „im Gegensatz zu ihren westlichen Vorbildern der Weltliteratur angehören“.

Wie wohl nur wenige Teilnehmer der Berliner Tagung konnte **Anton Sterbling** (Fürth) über unsichtbare Machenschaften staatlicher Organe berichten, schließlich war er seinerzeit eines der Gründungsmitglieder der *Aktionsgruppe Banat*, die schon bald nach ihrer Konstituierung in den frühen 1970er Jahren mit den staatlichen Autoritäten Rumäniens in Konflikt geriet und deren Wirken von der *Securitate* offen und geheim beäugt wurden, so dass die Mitglieder der Aktionsgruppe ihre Aktivitäten nach der erzwungenen Zerschlagung der Gruppe in die Unsichtbarkeit überleiten mussten. Die politischen Veränderungen nach 1989/90 und nicht zuletzt die Verleihung des Literaturnobelpreises an Herta Müller, die zwar nicht Mitglied dieser Gruppe war, aber doch stets enge Kontakte zu ihr besaß, haben diesem Kreis später wiederum eine Sichtbarkeit verliehen, die außerordentlich bemerkenswert ist. Vor diesem Hintergrund erläutert Anton Sterbling in seinem Beitrag Aufklärungsanliegen der modernen rumäniendeutschen Literatur im Allgemeinen und bietet den Lesern einen Einblick in Interna der Aktionsgruppe Banat im Besonderen, vor allem auch in das literarische Programm. Dabei zeigt Sterbling sehr deutlich auf, wie der auf die Mitglieder dieser Gruppe sowie auf andere rumäniendeutsche Autoren ausgeübte Druck der rumänischen staatlichen Autoritäten letztlich im Westen den Blick

auf das nationalkommunistische Regime lenkte und dort dessen „kriminelle Energie und moralische Verwerflichkeit“ sichtbar machte.

Um eine besondere Form der Unsichtbarmachung, nämlich der Unsichtbarmachung der eigenen Person geht es **Gabriella Schubert** (Berlin). Sie richtet den Blick auf Matthias Corvinus, der von 1458 bis 1490 ungarischer König (*Mátyás király*) war und bis auf den heutigen Tag in Ungarn nicht zuletzt wegen seiner politischen Erfolge und seiner starken Förderung der Künste und Kultur als Renaissance-König sehr populär und präsent ist: Jeder Tourist, der Budapest besucht, stößt unweigerlich auf Spuren von Matthias. So ist es nicht verwunderlich, dass sich um seine Person eine ganze Reihe von Legenden und Mythen gebildet hat, durch die die Erinnerung an ihn wachgehalten wird. Dabei spielt nicht selten auch eine Rolle, dass Matthias nachgesagt wird, er habe sich gerne verkleidet unter das Volk gemischt, um *incognito* die Stimmung seiner Untertanen zu erkunden. Besonders populär geworden ist die Geschichte der Begegnung von Matthias mit der *Schönen Ilonka* (*Szép Ilonka*), einem hübschen Bauernmädchen, dem der König *incognito* begegnete: Gabriella Schubert zeigt in ihrem mit Bildern dokumentierten Beitrag auf, wie dieser Stoff von Bildhauern (etwa am Matthiasbrunnen des Budaer Schlosses), Literaten (besonders eindrucksvoll in einer Ballade von Mihály Vörösmarty, durch die eine Brücke zwischen der mittelalterlichen Überlieferung und der neuzeitlichen künstlerischen Rezeption geschlagen wird) und Komponisten (so in der gleichnamigen Oper von Mihály Mosonyi) aufgegriffen und verarbeitet worden ist. Ein im Jahre 2014 erschienener Roman von Zoltán Lányi zeigt deutlich, dass sich das Motiv des *incognito* auftretenden Königs Matthias bis auf den heutigen Tag einer hohen Popularität erfreut.

Der Entwurf des Sehens, des Sichtbaren und Unsichtbaren bei Elisaveta Bagrjana ist der Untersuchungsgegenstand von **Ulrike Jekutsch** (Greifswald). Dafür bezieht sich Frau Jekutsch auf den im Jahre 1927 veröffentlichten ersten Gedichtband (*Večnata i Svjatata*) der bulgarischen Autorin, deren Leben und Werk zunächst kurz vorgestellt werden. Besonders herausgehoben wird dabei die Bedeutung, die der Intuition im Vergleich zur rationalen Erkenntnis zugemessen wird, womit einige der folgenden Überlegungen zu Ausdrucksformen des Sehens und Nichtsehens vorbereitet werden. Obwohl die in *Večnata i Svjatata* („Die Ewige und Heilige“) zusammengestellten Gedichte zuvor schon an verschiedenen Stellen publiziert worden waren, bedeutete dieser Band, in dem Elemente aus der traditionellen bulgarischen Kultur genauso verarbeitet werden wie Eindrücke Bagrjanas von ihren Reisen nach München und in die Bretagne, eine Zäsur sowohl im Werk der Dichterin als auch für die Entwicklung der bulgarischen Lyrik insgesamt. Die Gestaltung visueller Eindrücke und Bilder wird dann beispielhaft anhand von vier Texten des Bandes eingehend analysiert. Deutlich wird dabei, dass das Sehen „mit dem Streben in die unbegrenzte, unbekannte Weite der Welt verbunden“ ist, was auf der anderen Seite bedingt, dass dem Sehen von Frauen, die in der traditionellen Lebenswelt des Balkans oft genug eingeschlossen waren bzw. sind, enge Grenzen gesetzt sind. Selbst wenn somit eine

Differenz zwischen im Volkswissen überlieferten Vorstellungen zu Sehen und Augen einer- und moderner, an (West-)Europa orientierter Ordnung andererseits besteht, wird – so macht Ulrike Jekutsch klar – in den untersuchten Texten das traditionelle Element nicht negativ gesehen, sondern als zur bulgarischen Kultur „selbstverständlich dazugehörig“.

Einer der bekanntesten serbischen Autoren der Gegenwart, Mileta Prodanović, bildet den Gegenstand des Beitrages von **Vesna Cidilko** (Berlin). Fragen der Umsetzung visueller Kunst bieten sich gerade hier besonders an, wenn man bedenkt, dass Prodanović als einer der führenden Vertreter der Künstlergruppe der „Neuen Welle“ gilt, dessen Werke in zahlreichen Museen der Welt ausgestellt wurden und werden. Die Anfänge seines literarischen Schaffens sind zudem eng mit der Beschäftigung mit visueller Kunst verbunden, wobei deutliche sozialpolitische Aussagen zu finden sind. Die Verknüpfung von literarischen und malerisch-künstlerischen Ausdrucksfähigkeiten wird von Vesna Cidilko als eine Form von Intermedialität charakterisiert, mit der Prodanović in einer bis in die Antike zurückreichenden Tradition steht. Zwei Romane werden dabei genauer analysiert: zum einen *Arkadija* aus dem Jahre 2013, in dem sich „Zweideutigkeiten und versteckte Inhalte“ finden, „die nicht zuletzt das Verhältnis vom Visuellen und Textuellen betreffen“; zum anderen der nur ein Jahr später erschienene Roman *Vitiligo*, in dem die Autorin ebenfalls eine ganze Reihe von visuellen Elementen identifizieren kann.

Željana Tunić (Jena) geht in ihrem Beitrag *Satire als Überlebensstrategie eines Melancholikers* von der Feststellung aus, dass Satire die Fähigkeit besitzt, Unsichtbares sichtbar(er) zu machen. Mit der Satire verbunden sind u.a. das Verspotten und damit zugleich das Lachen. Dass aber Lachen und Weinen als Ausdruck der Trauer gelegentlich nahe beieinander sind, weiß man aus Untersuchungen zu antiken Begräbnisritualen, bei denen Lachen zuweilen nicht fremd war. Die Verbindung von Satire und Trauer wird von Željana Tunić dabei am Beispiel des vor wenigen Jahren erschienenen Romans *Gnusoba* des serbischen Autors (und Journalisten und Politikers) Svetislav Basara untersucht. Die Verfasserin hebt hervor, dass der Text „eine gesellschaftskritische und politische Satire“ ist, die aus einer homodiegetischen Erzählperspektive geschrieben ist, in der es um den im März 2003 ermordeten Ministerpräsidenten Zoran Đinđić geht. Herausgearbeitet wird eine ganze Reihe von Beispielen, in denen in *Gnusoba* Fiktives und Faktisches sich überlappen, die dann auch die von Basara verwendete „Romantechnik der Umkehrung“ deutlich machen: So wird aus der Tatsache, dass Jürgen Habermas der Doktorvater Đinđićs war, die Geschichte, dass Đinđić damit seinerseits Habermas die Gelegenheit eröffnen wollte, in Kontakt mit einer attraktiven Freundin zu kommen. Die Satire erscheint letztlich – wie es der Titel des Beitrags schon aussagt – als Mittel zum Ausdruck von Melancholie, als Reaktion auf den Tod eines Menschen, auf den sich Hoffnung gründete in den Zeiten des auseinanderbrechenden Jugoslawiens.

„Migrationsbezogene“ deutschsprachige Literatur steht im Fokus der Betrachtungen von **Milica Grujičić** (Wien), also Literatur, deren Autoren als Migranten

bzw. Kinder von Migranten aus Südosteuropa nach Mitteleuropa gekommen sind, dort nun in deutscher Sprache ihre literarischen Werke zu Papier bringen und dabei die Problematik der Migration thematisieren. Als Textbeispiele gewählt wurden zwei Romane: einerseits *Der Spieler der inneren Stunde* von Marica Bodrožić, die im Alter von zehn Jahren von Dalmatien nach Hessen kam, andererseits *Wie der Soldat das Grammophon repariert* des aus Višegrad gebürtigen Saša Stanišić, der vor dem Bosnienkrieg geflohen nach Deutschland kam. Der Fokus der Autorin liegt dabei auf dem Erwartungshorizont der jeweiligen Interaktionspartner und – in Auseinandersetzung mit der Identitätstheorie von Lothar Krappmann – auf den in den Romanen damit explizit oder implizit zum Ausdruck kommenden Identitätsmodellen: Dazu gehört etwa bei Marica Bodrožić das Bestreben der Protagonistin Jelena, möglichst unsichtbar zu sein, und zwar sowohl in Deutschland in ihrer Umgebung, etwa in der Schulklasse, als auch im alten dalmatinischen Umfeld, in dem sie – zum Beispiel wegen ihrer in Deutschland erworbenen roten Sandalen – als „deutsch“ erkannt wird. Soziale Unsichtbarkeit wird somit ein Faktor bei migrationsbezogenen Identitätsmodellen.

Der Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund sowie dem Bulgarischen Kulturinstitut in Berlin sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt, dass sie ihre Räume dem Balkanologenverband für die Durchführung des Symposiums zur Verfügung gestellt haben.

Die Herausgeber

Sprache und (Un-)Sichtbarkeit in der griechischen Politik

EVANGELOS KARAGIANNIS, Wien

Das Problem

Im März 2016 hat eine Aussage des griechischen Ministers für Migrationspolitik für Aufregung in dem krisengeplagten Land gesorgt. In einem Fernsehinterview kommentierte der Minister den Versuch von etwa 1500 in Idomeni festsitzenden Migranten, die Grenze zu Makedonien zu überqueren mit folgenden Worten: „Diese Geschichte hat zwei Facetten. Die eine ist, dass die Menschen in Idomeni sehr schwer anderswohin gebracht werden können, weil sie erwarten und hoffen, dass sich die Grenzen öffnen. Wir glauben – und haben Beweise dafür –, dass Organisationen, die von sich behaupten, dass sie Freiwillige oder Solidarisierende sind, aber überhaupt nichts mit den tatsächlichen Freiwilligen, Solidarisierenden und den NGOs, die in Idomeni wirklich helfen, zu tun haben, ein schmutziges Spiel mit dieser Erwartung und Hoffnung gespielt und ihren Durchgang nach Makedonien organisiert haben“.¹ Der Grund für die Aufregung war nicht die Deutung des Vorfalls durch den Minister als einer fremdgesteuerten Aktion, sondern die Tatsache, dass er den Nachbarstaat im Norden Griechenlands als „Makedonien“ bezeichnet hatte. Angesichts der massiven „öffentlichen“ Empörung, die auf diese Äußerung folgte und die sogar den rhetorischen Aufruf eines prominenten Mitglieds der größten Oppositionspartei auf Facebook einschloss, den Minister wie andere „Verräter“ in der Vergangenheit hinzurichten,² entschuldigte sich dieser später für seinen Fauxpas. Der Verteidigungsminister und Chef des rechtspopulistischen Koalitionspartners der Regierung gab sich jedoch damit nicht zufrieden und forderte großspurig seinen Rücktritt.³ Vielleicht hat es an den zahlreichen gravierenden Problemen gelegen, mit denen das krisengeschüttelte Land konfrontiert ist, dass diese Geschichte schließlich abebbte ohne jegliche Konsequenzen für den Minister.

Die Weigerung Griechenlands, den nördlichen Nachbarstaat als Republik Makedonien anzuerkennen, geht auf die frühen 1990er Jahre zurück und stellt eine grundsätzliche, parteiübergreifende politische Position des griechischen Staates dar.⁴ In-

- 1 Interview des Ministers für Migrationspolitik Giannis Mouzalas in der Sendung *Istories* vom 15.03.2016 (<http://www.skai.gr/player/tv/?mmid=271580>).
- 2 Εκτός ΝΔ ο Φαίλος Κρασιδιώτης, 16.03.2016, kathimerini.gr.
- 3 Κυβερνητική κρίση με αφορμή τον Γ. Μουζάλα, 17.03.2016, kathimerini.gr.
- 4 Griechenland beharrte zunächst auf der Position, dass der Name der jungen Republik weder das Wort „Makedonien“ noch dessen Derivate enthalten sollte. Auf dem NATO-Gipfel von Bukarest in 2008 rückte Griechenland von dieser Position ab und erklärte sich bereit einen Namen zu

nerhalb Griechenlands werden der betreffende Staat ausnahmslos als „Skopje“ (Σκόπια) und seine Bürger als „Skopjoter“ (Σκοπιανοί) bezeichnet und in schriftlichen Texten oft mit dem Kürzel ΠΓΔΜ (Πρώην Γιουγκοσλαβική Δημοκρατία της Μακεδονίας, dt.: „Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien“) beschrieben. Das Kürzel FYROM (für *Former Yugoslav Republic of Macedonia*) hat Griechenland auch als die offizielle Bezeichnung des Staates in Dokumenten bzw. in der offiziellen Sprache internationaler Organisationen durchgesetzt. Was jedoch innerhalb Griechenlands und in der offiziellen internationalen Diktion unaussprechbar ist, ist in der Alltagskommunikation außerhalb Griechenlands gängige Gepflogenheit: Die Republik wird als Makedonien bezeichnet. Der Minister scheint also die verschiedenen Sprachregister verwechselt zu haben.

Die beharrliche Weigerung Griechenlands, den Nachbarstaat mit seiner Selbstbezeichnung anzuerkennen, hat in den 1990er Jahren Verwunderung und Ratlosigkeit hervorgerufen. Wie konnte es sein, fragte man sich, dass Griechenland anstatt zur Begrenzung der Instabilität in der Region beizutragen – was seinen genuinen Interessen als Nachbarland entsprechen würde –, mit einer recht seltsamen Forderung die politische Instabilität sogar verstärkt? Verschiedene mehr oder weniger ausgefallene Argumente zur Erklärung dieser „irrationalen“ Haltung wurden damals vorgebracht, in denen mehr als oft das balkanistische Vorurteil von einem nicht ganz europäischen Europa mitklang (vgl. TODOROVA 1997). Allerdings ist die Realität oft wesentlich trivialer als kulturalistische Deutungen. Viel spricht dafür, dass Griechenland mit dieser Haltung potentiellen Ansprüchen des makedonischen Irredentismus auf das griechische Makedonien und die politische Vertretung der dort lebenden slawischsprachigen Bevölkerung zuvorkommen wollte. Damit bleibt aber die Frage unbeantwortet, warum Griechenland sich nicht auf eine derartige Definition des Problems beschränkt hat, sondern es als ein Problem der Benennung definiert hat. Diese Frage stellt sich umso dringender, bedenkt man, dass ungeachtet der bemerkenswerten Kompromisslosigkeit der letzten 25 Jahre, die Haltung Griechenlands in dieser Sache in der Vergangenheit ganz anders ausgesehen hat. Mag das Verhältnis zwischen Griechenland und der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien während des Kalten Krieges immer angespannt gewesen sein, stand die Frage des Namens der Teilrepublik nie im Zentrum der Auseinandersetzung. Entsprechend gab es keine Restriktionen in der Verwendung des Namens „Makedonien“ und seiner Derivate, wie sich heute am Beispiel des eingangs erwähnten Fauxpas des Ministers für Migrationspolitik feststellen lässt. Ich kann mich z.B. recht gut an Lehrmaterialien für den Geographie-Unterricht aus meiner Grundschulzeit (und das war in der Junta-Zeit, also in einer Zeit, in der Nationalismus Hochkonjunktur hatte) erinnern, in denen die jugoslawische Teilrepublik problemlos und ohne die Stigmata der An-

akzeptieren, der das Wort „Makedonien“ mit einem geographischen Attribut verbindet, wenn dieser erga omnes genutzt wird. Der 2018 von den Ministerpräsidenten Tsipras und Zaev unterzeichnete Vertrag von Prespes sieht den Namen „Nord-Makedonien“ vor.

führungszeichen als Makedonien bezeichnet wurde. Erst die Souveränität Makedoniens in den frühen 1990er Jahren veranlasste Griechenland dazu, auf einer neuen und verbindlichen sprachlichen Regelung zu insistieren.

Ich möchte im vorliegenden Aufsatz einige Gedanken über die Benennung als politisches Instrument des griechischen Staates darlegen. Entgegen der weit verbreiteten Wahrnehmung der Haltung Griechenlands gegenüber der Republik Makedonien als „sonderbar“ bin ich der Ansicht, dass sich daran ein übliches Muster politischer Problembehandlung des griechischen Staates erkennen lässt. Mein Anspruch in diesem Aufsatz besteht also darin, diese angeblich „sonderbare“ Praxis zu trivialisieren. Die Analyse wird in drei Schritten erfolgen. In einem ersten Schritt werde ich anhand vergleichbarer Fälle aus verschiedenen Zeiten zeigen, dass sprachliche Regelungen, oder, wenn man will, Arbeit am Signifikanten (Benennung) eine diachronisch gängige Praxis der Problembehandlung in der griechischen Politik darstellt. Die im Makedonien-Streit erkennbare Bemühung, das Problem mit einer anderen Benennung zu lösen, stellt also keinen Einzelfall dar, sondern hat in Griechenland Tradition. In einem zweiten Schritt soll dieses „sprachliche“ Muster der Problembehandlung näher interpretiert werden. Ich deute es als eine genuin politische Praxis, die eine verbindliche Realität herzustellen versucht; als eine Praxis, die bestimmte Sachen sichtbar macht und andere unsichtbar bleiben lässt. In einem letzten Schritt setze ich diese Praxis in eine bestimmte politische Tradition des Landes und weise auf die Voraussetzungen für ihre Fortschreibung bzw. auf ihre Grenzen in einer sich stark verändernden Welt hin.

Benennung in der griechischen Politik

Ein interessantes Beispiel von Benennung als Problembehandlung macht sich in der Minderheitenpolitik Griechenlands bemerkbar. In den frühen 1950er Jahren traten Griechenland und die Türkei der NATO bei, was die Position beider Staaten im antikommunistischen Lager fest verankerte. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „kommunistischen Gefahr aus dem Norden“ (s. Bulgarien) kam es in jener Zeit zu zahlreichen Vereinbarungen zwischen Griechenland und der Türkei, darunter auch zu solchen, die die muslimische Minderheit Griechenlands in West-Thrakien betrafen. Staatliche Stellen in Griechenland haben sich damals stark um die Etablierung der Bezeichnung „türkische Minderheit“ bemüht und eine Reihe von administrativen Maßnahmen eingeleitet, die auf die nominelle wie substantielle Türkisierung des nicht-türkischsprachigen Segments der Minderheit (d.h. auch von Pomaken und Roma) hinausliefen. Da das kommunistische Bulgarien während des Kalten Krieges für das antikommunistische Griechenland eine bei weitem größere Gefahr als die Türkei darstellte, war die Türkisierung aller Muslime (also auch die Erklärung der Slawen unter ihnen zu Türken) der griechischen Politik opportuner erschienen als die Anerkennung der inneren Diversität der Minderheit, die eventuell die Grundlage für die Erhebung bulgarischer Ansprüche auf griechisches Territorium hätte liefern können. So entschied sich der griechische Staat von nun an, seine muslimische Min-

derheit als türkische Minderheit zu definieren (TRUBETA 1999: 84–85). Erst die zunehmende Verschlechterung der griechisch-türkischen Beziehungen in Folge des Zypernkonflikts veranlasste die griechische Politik in den späten 1960er Jahren zu einem Kurswechsel, der mit der Wiedereinführung der Bezeichnung „muslimische Minderheit“ und der gelegentlichen Würdigung nicht-türkischer Elemente bzw. der inneren Diversität der Minderheit einherging. Das noch vor einigen Jahren nicht nur favorisierte, sondern verbindliche Ethnonym „türkisch“ war nun unzulässig, so dass auch rechtliche Schritte gegen seine Nutzung eingeleitet werden konnten und auch tatsächlich eingeleitet worden sind. So wurde seit den 1980er Jahren die Aktivität von Minderheitenvereinen, die sich als „türkisch“ bezeichneten, per Gerichtsbeschluss eingestellt bzw. nicht zugelassen mit dem Argument, dass sie die politische Ordnung gefährden würden. Im Gegensatz aber zum Fall Makedoniens wird die Bezeichnung der Minderheit als „muslimisch“ aus Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, von der Mehrheitsbevölkerung nicht getragen. Für letztere war und bleibt die Minderheit eine türkische. Dagegen konnte oder wollte der griechische Staat kaum etwas unternehmen. Rechtliche Konsequenzen hatte die Fortschreibung der Bezeichnung „türkisch“ nur als Selbstzuschreibung. Kurz: Das Attribut „muslimisch“ beschränkt sich auf den offiziellen politischen Diskurs. Doch hier ist seine Geltung absolut. Obwohl Griechenland heute auf den Wortlaut der Lausanner Konvention von 1923 hinweist, um die Verbindlichkeit der Bezeichnung „muslimische Minderheit“ zu begründen, ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Bezeichnung der Minderheit seitens des griechischen Staates in der Vergangenheit alles andere als beständig war. Was über die Jahrzehnte hinweg unverändert blieb, war eher die Fokussierung der griechischen Politik auf Fragen der Benennung und der damit zusammenhängende Alleinanspruch des Staates auf die Definition der Minderheit.

Die Benennung als Instrument politischer Problembehandlung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Minderheitenfragen, wie man vielleicht aus den zwei bisher erläuterten Fällen vermuten könnte. Auch wenn die zentrale Bedeutung dieses Musters in der Behandlung von Minderheitenfragen in Griechenland sicher kein Zufall ist, geht sie über diesen engen politischen Bereich bei weitem hinaus. Einen aktuellen, wenn auch in seinen Konsequenzen wesentlich harmloseren Fall, an dem sich dieses Muster bemerkbar macht, stellt die Umbenennung der Troika der Kreditgeber – bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds – in „Institutionen“ seit Januar 2015 dar. Die Troika verkörpert in Griechenland nicht die europäische Solidarität, wie vielleicht mancher Bürger West- und Mitteleuropas erwarten würde, sondern den Verlust der Souveränität des Landes. Sie ist das Hassobjekt von tausenden von Griechen, die im Rahmen der Austeritätsprogramme der letzten 8 Jahre in die Verarmung getrieben worden sind. Die Troika hat die Vorstellung von der politischen Hegemonie des Westens in Griechenland, die im Zuge der europäischen Integration stark geschwächt war, wiederbelebt und die damit einhergehenden antiwestlichen Einstellungen innerhalb der

griechischen Bevölkerung stark gefördert. Die Auflösung der Troika wie überhaupt das „Zerreißen“ der Kreditverträge des Bailout-Programms war ein zentrales Wahlversprechen der linkspopulistischen SYRIZA-Partei. Und, tatsächlich, schon einen Tag nach den Wahlen im Januar 2015, die SYRIZA gewonnen hatte, erfuhren alle Griechen dass die Troika nicht mehr existierte. Nun führte die neue Regierung Gespräche mit den „Institutionen“. Nichts hatte sich jedoch geändert. Alle Entscheidungen der griechischen Regierung mussten weiter im gleichen Umfang von diesem Direktorium absegnet werden. Mit der Vereinbarung für ein drittes Bailout-Programm im Juli 2015 wurde sogar die Dauer ihrer Geltung verlängert. Nichtsdestotrotz pflegen die Regierung und ein Großteil der Presse konsequent, den Namen Troika zu meiden, und insistieren auf der neuen Benennung. Warum?

Hier stehen sehr interessante Deutungsmöglichkeiten zur Auswahl. Man könnte diese Haltung im Zusammenhang mit der auffälligen Kluft zwischen Sprache und Taten der griechischen Regierung sehen, die einem oft wie eine völlige Abkoppelung der Fakten von ihrer Repräsentation vorkommt, ein Muster, das soweit geht, dass Minister sich offen im Parlament von den von ihnen verabschiedeten Gesetzen distanzieren bzw. die Generalstreiks und Demonstrationen der Bevölkerung gegen Gesetze der Regierung als Stärkung der Verhandlungsposition der Regierung gegenüber den Gesetzgebern deuten.⁵ Das Konzept des listigen Staates (*cunning state*), das für die Analyse neoliberaler Politik in Ländern des globalen Südens entwickelt wurde, und auf die Neigung staatlicher Akteure hinweist, eine Politik zu betreiben, ohne die Verantwortung dafür tragen zu wollen bzw. die Verantwortung für die von ihnen erwünschte und praktizierte Politik auf andere Akteure wie z.B. die Weltbank, NGOs u.ä. zu schieben (vgl. RANDERIA 2006; 2007), wäre auch für den Schwerpunkt des vorliegenden Bandes sehr ergiebig, denn es geht um eine Praxis der Verdunkelung bzw. Unsichtbarmachung politischer Verantwortung. Obwohl es schon vielversprechend wäre, werde ich hier davon absehen. Ich würde die Umbenennung der Troika in Institutionen auch nicht mit dem Konzept des politischen Voluntarismus der Linken erklären, das von der griechischen konservativen und liberalen Presse genutzt wird und eine Tendenz des linken politischen Spektrums wiedergeben soll, den eigenen Willen auf die Realität zu projizieren.⁶ Hier erachte ich es für sinnvoller, auf eine tiefere Schicht derartiger Handlungen hinzuweisen.

- 5 Κουράκης: Η απεργία ενισχύει τη διαπραγματευτική θέση της κυβέρνησης, 11.11.2015, 04:02 pm (enikos.gr); Γεροβασίλη: Οι απεργίες ενισχύουν τη διαπραγματευτική μας θέση, 27.11.2015, 14:42 (protothema.gr). Im November 2015, also knapp ein Jahr nach der Übernahme der Regierung von SYRIZA, forderte die Partei die Bürger auf, auf die Straße zu gehen und gegen alle jene zu demonstrieren, die mit allen Mitteln die Fortsetzung ihrer Politiken durchzusetzen versuchen, die zur Eliminierung der Arbeits- und Versicherungsrechte, zur Verarmung der Gesellschaft, zur Auflösung des Sozialstaates und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit geführt haben.
- 6 Κασμάτης Στέφανος, Ποτέ δεν πεθαίνει ούτε χρεοκοπεί, 28.08.2016, www.kathimerini.gr. Die Bezeichnung der Regierungspolitik von SYRIZA als „das Neue“ und ihre Gegenüberstellung zum „Alten“ der Vergangenheit, obwohl die Politik der SYRIZA-Regierung sich von der vo-

Ich möchte aber davor ein letztes empirisches Beispiel des Insistierens auf Benennungsfragen in der griechischen Politik anbringen, das sich zwar äußerlich von den vorausgegangenen unterscheidet, aber im Kern um dieselbe Sache geht. 2001 kam es in Griechenland zu einem erbitterten Streit zwischen der sozialdemokratischen Regierung Simitis und der Kirche von Griechenland infolge der Entscheidung der Unabhängigen Datenschutzbehörde, die Religionszugehörigkeit von den Identitätskarten griechischer Bürger zu streichen. Während die Regierung ankündigte, der Aufforderung der Datenschutzbehörde Folge zu leisten, forderte die Kirche das Recht auf freiwillige Angabe der Religionszugehörigkeit. Die Reaktion der Kirche war radikal und für viele unverhältnismäßig. In gewisser Hinsicht ähnelte die Verwunderung, die die Reaktion der Kirche hervorrief, jener Verwunderung, die die Forderung Griechenlands gegenüber der Republik Makedonien etwa ein Jahrzehnt früher in Europa ausgelöst hatte. Schließlich ging es nur um eine Angabe. In einem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Patriarchen von Konstantinopel, der zu vermitteln versucht hatte, bemerkte der Ministerpräsident, dass die Verwechslung der griechischen Identitätskarte mit der Identität der Griechen, den Traditionen, der Geschichte und der besonderen Rolle der Griechischen Orthodoxen Kirche die Grundlage der Spannung bildet. Der Staat hätte die ausschließliche Verantwortung für die in den Identitätskarten enthaltenen Informationen.⁷ Und nach Ansicht der griechischen Regierung hätte die Religionszugehörigkeit der Bürger in öffentlichen Dokumenten nichts zu suchen. Die Kirche von Griechenland jedoch, die Religion nie als private Angelegenheit aufgefasst hat, und die von sich behauptet, 98% der griechischen Bevölkerung zu vertreten, sah die Sache anders. Die Benennung der Bürger als Orthodoxe Christen (unabhängig davon, ob sie überzeugte Christen sind) stellt die Rechtfertigung ihrer dominanten Position in der griechischen Gesellschaft und der darauf aufbauenden Ansprüche sicher. Entsprechend wurden Änderungen in der Benennung als Angriffe auf die Position der Kirche aufgefasst (vgl. KARAGIANNIS 2009). Kurz: Auch hier haben wir es mit einem Fall zu tun, in dem der Signifikant im Vordergrund steht. Nur ist es hier nicht der Staat selber, sondern eine quasi-staatliche Einrichtung, die den Staat zur Benennung auffordert.

rangegangenen nicht unterscheidet, oder auch die Stilisierung des Ergebnisses des griechischen Referendums vom Juli 2015 zu einem „in die Geschichte eingegangenen großen Sturz“ (Erklärung von SYRIZA anlässlich des ersten Jahrestages des Referendums – Ανακοίνωση του Γραφείου Τύπου του ΣΥΡΙΖΑ για το μεγαλειώδες ΟΧΙ του ελληνικού λαού στο περσινό δημοψήφισμα, syriza.gr, 05.07.2016), obwohl dieses Ergebnis von der griechischen SYRIZA-Regierung und nicht den Kreditgebern missachtet wurde, sind typische Beispiele für diese Projektion des eigenen Willens auf die Realität.

7 Επιστολή-απάντηση του πρωθυπουργού στον Οικουμενικό Πατριάρχη για τις ταυτότητες, 17.06.2000 (<http://finance.in.gr/InGrArticle.aspx?articleID=283159>)